

Kompetenzen der Schulräte bezweifelt

Die Baselbieter FDP lanciert im Landrat eine weitere Bildungsoffensive.

Mit seinem Versuch, den Baselbieter Bildungsrat abzuschaffen, erlitt der frühere FDP-Kantonalpräsident Paul Hofer eine krachende Niederlage. Die Abstimmungsschlappe im Juni 2018 markierte letztlich den Anfang vom Ende von Hofers Präsidentschaft.

Nun setzen die Baselbieter Liberalen unter Hofers Nachfolgerin Saskia Schenker zu einer weiteren, ihrer «Bildungsoffensive 2025» an. Anstelle der im Frühjahr angekündigten Bestrebungen nach einer Totalrevision des Bildungsgesetzes werden sie diesen Donnerstag im Landrat gleich ein ganzes Paket mit sechs parlamentarischen Vorstössen einreichen. Sie drehen sich hauptsächlich um die Frage der Digitalisierung an den Schulen, der Stärkung des Berufsbildungswegs, der Zukunft der Primarschulen und der Rolle der Schulräte.

FDP-Präsidentin Saskia Schenker will klar stellen, dass es sich hierbei nicht um einen Angriff handle, weder auf die Gemeinden als Träger der Primarschulen noch auf die Schulräte als Führungsgremium: «Uns geht es um die Gesamtfrage, wo das jetzige System an seine Grenzen stösst und wo man es stärken kann.» Ziel sei eine bessere Effizienz und eine konstante Weiterentwicklung der Schulen.

Schulräte heute teilweise überfordert

Im Postulat «Für effektiveren Führungsstrukturen auf allen Schulstufen» geht es insbesondere um die künftigen Kompetenzen der Schulräte. Wird der FDP-Vorstoss vom Landrat überwiesen, muss der Regierungsrat innert eines Jahres Fragen beantworten wie «Sind

die Aufgaben und Kompetenzen des Schulrates, der Schulleitung und der Organe des Schulträgers klar und zeitgemäss definiert?» und «Ist eventuell eine der Führungsebenen zu ersetzen?».

Im Postulat «Ist der Schulrat als Rekurskommission geeignet?» geht es um Fragen wie «Sind die Schulräte den formellen Anforderungen eines Beschwerdeverfahrens angesichts des vermehrten Beizugs von Anwältinnen und Anwälten gewachsen?» Oder: «Sind die Schulräte aufgrund ihrer Nähe zur Schulleitung genügend unabhängig für einen objektiven Beschwerdeentscheid?» Selbstredend herrscht innerhalb der Baselbieter FDP die Meinung vor, dass die Laiengremien der Schulräte den heutigen Anforderungen kaum noch gewachsen seien.

Regierungsrat von Rekursen entlasten

Einen einzelnen Auslöser für dieses Postulat hat es laut Schenker nicht gegeben, «doch kam es in jüngster Zeit vermehrt vor, dass der Regierungsrat über Beschwerden entscheiden musste, da in den Schulräten die Zeit und die juristische Kompetenz für einen sauberen Entscheid fehlte».

Das Vorstosspaket ist laut Schenker das Resultat einer parteiinternen Auslegeordnung, welche die Landratsfraktion und die eigene FDP-Bildungskommission über den Sommer vorgenommen haben. FDP-Bildungsdirektorin Monica Gschwind sei über die einzelnen Vorstösse informiert, nicht jedoch an deren Ausarbeitung beteiligt gewesen.

Bojan Stula



Die Kandidaten: Elisabeth Augstburger (EVP), Daniela Schneeberger (FDP), Maya Graf (Grüne) und Eric Nussbaumer (SP, v.l.) Bild: Juni Jurkov

Vier Kandidaten liefern sich sechs heisse Duelle

Ständeratswahl-Gipfel in Liestal

Hans Martin Jermann

Im offenen Rennen um den einzigen Baselbieter Sitz im Ständerat kam es gestern Abend im Liestaler Kulturhotel Guggenheim zum grossen Wahlkampf-Gipfel der vier Kandidierenden. Vor 120 Zuschauern standen sich Elisabeth Augstburger (EVP), Dani-

ela Schneeberger (FDP), Maya Graf (Grüne) und Eric Nussbaumer (SP) in insgesamt sechs Duellen gegenüber. Dies etwa zu den Themen Gleichstellung, AHV, Krankenkassen-Prämien, Klimawandel und zum Verhältnis der Schweiz mit der EU. Organisiert wurde das Podium von der bz und dem «Regionaljournal Basel» von SRF. EVP-

Kandidatin Augstburger stellte nach dem Wirbel der letzten Wochen klar, dass sie Homosexualität nicht für eine Krankheit halte.

Daniela Schneeberger (FDP) will den Klimawandel nicht mit Verboten, sondern mit Innovation bekämpfen. Laut Eric Nussbaumer wäre es eine Illusion zu meinen, dass

die Schweiz den bilateralen Weg auch ohne Rahmenabkommen mit der EU weitergehen könnte. Und Maya Graf wies beim Thema Gleichstellung auf die ungenügende Frauen-Vertretung im Ständerat hin. Eine ausführliche Besprechung zum Ständeratspodium folgt in der bz von morgen.

ANZEIGE

Klimaschutz jetzt

Erneuerbare Energien statt Kohle, Öl und Uran

NIE WIEDER AKW empfiehlt zur Wahl in den NATIONALRAT:

BASEL-LANDSCHAFT: SP, Liste 2: Désirée Jaun (Co-Präsidentin NWA Schweiz), Samira Marti (bisher), Eric Nussbaumer (bisher), Sandra Strüby-Schaub, Grüne, Liste 7: Maya Graf (bisher, Vizepräsidentin NWA Schweiz), Florence Brenzikofer (Vorstandsmitglied NWA Schweiz), **Grüne Panther - BL, Liste 70:** Arnold Amacher (Vorstandsmitglied NWA Region Basel), Beat von Scarpetti, **EVP, Liste 4:** Elisabeth Augstburger, **Grünliberale, Liste 11:** Tanja Haller, Thomas Tribelhorn

BASEL-STADT: SP, Liste 5: Mustafa Atici, Beat Jans (bisher, ehem. Co-Präsident NWA Schweiz), Eva Herzog, Sarah Wyss, **Bündnis Grüne BastA! jgb, Liste 8:** Sibel Arslan (bisher), Oliver Thommen, Tonja Zürcher, **Bündnis Grüne BastA! jgb, Die Alternativen, Liste 40:** Anita Lachenmeier-Thüring, Michael Wüthrich, **Mitte-Grünliberale, Liste 10:** Katja Christ, David Wüest-Rudin (Vorstandsmitglied NWA Region Basel), **FDP die Liberalen, Liste 1:** Christian Egeler, **Integrale Politik, Liste 42:** Martin Vosseler

STÄNDERAT in BS: Eva Herzog (SP) in BL: Maya Graf (Grüne), Eric Nussbaumer (SP), Elisabeth Augstburger (EVP).

NWA NIE WIEDER AKW
Regionalgruppe NWA Region Basel

Fremdparkierer unerwünscht

Reinach Basel hat seine blauen Zonen praktisch ausgemerzt. Das kriegten die umliegenden Gemeinden zu spüren – auch Reinach. Vermehrt nutzen Pendlerinnen und Pendler Parkplätze in Wohnquartieren, um von dort mit dem Tram in die Stadt zu gelangen.

Dieser «Parkplatz-Tourismus» war am Montag Thema im Einwohnerrat. Denn die besetzten öffentlichen Parkplätze sind ein doppeltes Ärgernis. Erstens finden Anwohner häufig keine freien Parkflächen mehr, zweitens weichen sie dann häufig auf Parkplätze der Gemeinde aus, die aber für andere Zwecke gedacht wären, etwa als Besucherparkplätze für Anlässe.

Dem Parkier-Chaos will man in Reinach den Riegel schieben – darin sind sich Gemeinde- und Einwohnerrat einig. Bei einer Umfrage im Gebiet Fiechten äusserte eine Mehrheit der Befragten den Wunsch nach einer neuen Parkplatz-Bewirtschaftung. Will heissen: Ein Teil der Parkplätze soll explizit für die Anwohnerschaft reserviert sein, etwa via Einwohner-Parkkarte. Die Nutzung anderer Parkplätze soll klar definiert und gebührenpflichtig sein.

Eine Einwohner-Parkkarte für ganz Reinach?

Die Vorlage des Gemeinderates, die vorerst eine Einführung nur im Quartier Fiechten vorsieht, geriet am Montag nun

aber in die Kritik: «Wenn nur im Quartier Fiechten die Parkraumbewirtschaftung eingeführt wird, verlagern wir das Problem doch einfach in ein anderes Quartier» sagte Irène Kury-Bebé, FDP-Einwohnerin und Präsidentin des Sachkommission Bau, Umwelt und Energie (BUM). Deshalb empfahl die BUM die Vorlage des Gemeinderates zur Ablehnung: «Um eine Gleichbehandlung aller Einwohnerinnen und Einwohner zu gewährleisten, sollte die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden.» Der Gemeinderat wir nun eine neue Vorlage ausarbeiten.

Caspar Reimer

ANZEIGE

Gemeinsam gegen LOHNDUMPING!

Petra WINKLER, Malerin in Pratteln

[A][M][K][B]

Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe

Jede Woche werden auf Baustellen im Kanton Basel-Landschaft Schwarzarbeit und Lohndumping festgestellt. Die AMKB führt im Auftrag der Sozialpartner und des Kantons pro Tag fünf Kontrollen auf Baustellen in der Region durch.

AMKB | Schlossstrasse 3 | 4133 Pratteln
amkb.org | info@amkb.org | 061 575 10 20